

paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 496 B

2. August 2013

38. Jahrgang

Sibyll Klotz erklärt ihre Politik

In der Reihe der großen Sommerinterviews ist jetzt auch die Bezirksstadträtin für Gesundheit, Soziales und Stadtentwicklung aus Tempelhof-Schöneberg, **Dr. Sibyll Klotz** (Grüne), in der aktuellen Ausgabe der Berliner Woche zu Wort gekommen. www.berliner-woche.de Lokales Lokal-
ausgaben / E-Paper Schöneberg und Tempelhof.

Zu Beginn des Beitrages erfahren wir, dass Sibyll Klotz bei der Wahl 2011 eigentlich Bezirksbürgermeisterin werden wollte. Mit der SPD als Juniorpartner wie einst von 1996 bis 2000 bei **Dr. Elisabeth Ziemer**? Daraus ist nichts geworden, weil die Grünen nur auf Platz drei landeten. Stärkste Partei wurde die CDU. Rot und Grün schlossen sich zu einer Zählgemeinschaft zusammen, was sich die Grünen gut vergüten ließen. Zum Beispiel mit dem Großressort, das jetzt Frau Klotz leitet. Dass sie damit, wie in der Berliner Woche steht, „wesentlich die Politik im Bezirk prägt“, ist offenbar allein ihre Wahrnehmung.

Wenn man Frau Dr. Klotz beurteilt, muss man einen Schnitt ziehen zwischen dem Ressort, das sie schon in der letzten Legislaturperiode leitete, Gesundheit und Soziales, und dem neu hinzu-erworbenen Stadtentwicklung. Wo man auch hinhört, für den Bereich Gesundheit und Soziales erntet sie überall fast nur Lob und Anerkennung. Ihre Mitarbeiterschaft beklagt allerdings, dass sie für diesen Bereich jetzt nur noch sehr wenig Zeit hat, weil sie mit dem Stadtentwicklungsressort einfach zu viel zu tun hat. Bei dem Gespräch mit der Berliner Woche setzt sie gleich zu Beginn Prioritäten. „Können wir erst über Gesundheit und Soziales sprechen, bevor wir uns an die Stadtentwicklung machen?“, fragt Sibyll Klotz den Reporter. „Denn sie sei doch sehr erstaunt darüber, wie groß das öffentliche Interesse an den Bauprojekten sei im Vergleich zu ihren anderen Ressorts. ‚Wenn beispielsweise das Sozialamt nicht funktionieren würde, hätte das immense Auswirkungen auf viele Menschen hier.‘ Aber es funktioniert nach Angaben der Stadträtin, die diesen Bereich schon seit 2006 leitet. ‚Natürlich geht es hier vor allem um die Auszahlung von finanziellen Leistungen, trotzdem kann ich politische Schwerpunkte setzen.‘ So zeichne sich das Tempelhof-Schöneberger Sozialamt beispielsweise durch besonders viele Kooperationen und vernetztes Arbeiten mit anderen Abteilungen aber auch freien Trägern und anderen Dienstleistern aus. Inhaltlich, sagt Klotz, habe sie sich die Prävention vor Wohnungsverlust zum Ziel ge-

setzt. ‚Wenn jemand erst sein Zuhause verloren hat, ist es ungleich schwerer, wieder neuen Wohnraum zu bekommen‘, ist sie überzeugt. Vom Senat gebe es für entsprechende Unterstützungsangebote bisher kaum Geld. In den vergangenen Monaten habe sie sich mit den Kollegen aus anderen Bezirken dafür eingesetzt, dass sich das ändert.“

Es mutet fast ein bisschen naiv an, wenn sich Frau Dr. Klotz darüber wundert, wie groß das öffentliche Interesse an Bauprojekten ist. Gerade als Grüne, die sich häufig auf die Seite derer schlagen, die Biotope erhalten und Neubauten verhindern wollen, müsste sie das wissen. Für jedes, bzw. fast gegen jedes Bauprojekt konstituiert sich in Windeseile eine Bürgerinitiative. Eine BI Sozialhilfe gibt es nicht und wird es auch nicht geben.

Im Ressort Gesundheit gibt sich die Stadträtin kämpferisch. Sie bemängelt die personelle Ausstattung. *„Wenn es da keine Aufstockung gibt, werden wir nicht mehr alle gesetzlichen Aufgaben erfüllen können.‘ Sie müsste beispielsweise die vorgeschriebene Einschulungsuntersuchung einschränken. ‚Das werde ich dann auch laut und deutlich sagen.‘ kündigt sie an. Sie habe gelernt, dass man vor allem bei den Haushaltsberatungen ‚laut schreien‘ müsse.“* Wie schön wäre es und wie viel Ärger wäre ihr erspart geblieben, wenn sie auch in ihrem dritten Ressort Stadtentwicklung im Sinne der Betroffenen laut schreien würde.

Aber, *„Im Bereich Stadtentwicklung übernehmen das (Schreien, d.Red.) andere“*, schreibt die Berliner Woche. Die *„Baustellen“* wachsen ihr zunehmend über den Kopf, ob Eylauer-, Crelle- oder Sântisstraße *„hat es in den vergangenen Monaten laute Proteste gegeben, auch gegen ihre Person. Ihr wurde vorgeworfen, gerade als grüne Stadträtin zu investorenfreundlich zu agieren.“*

„Das sehen die Investoren laut Klotz deutlich anders“, so so. Es folgen im letzten Absatz die hinlänglich bekannten Rechtfertigungsversuche und die Hinweise auf die *„rechtlichen Rahmenbedingungen, die ihre Verwaltung zu den entsprechenden Baugenehmigungen verpflichtet.“* Ein Seitenhieb auf ihren Amtsvorgänger **Bernd Krömer** (CDU) bleibt natürlich nicht aus. Ja, es ist richtig, dass der SPD-Bürgermeister **Ekkehard Band** und der CDU-Baustadtrat **Bernd Krömer** den Fall Sântisstraße verkackt haben, denn, wie wir wissen, hätte es noch in der alten Legislaturperiode 2011 eine Möglichkeit gegeben, das Ruder herumzureißen. Schnee von gestern. Fehler der Vergangenheit lassen sich nur schwerlich oder gar nicht korrigieren. Frau Dr. Klotz sieht auf der Habenseite ihrer bisherigen Bilanz, *„16 öffentliche Diskussions- und Informationsveranstaltungen“* und, dass auf der Internetseite *„deutlich mehr Informationen abrufbar sind als früher.“* Nun, dort steht im Wesentlichen auch nur das, was ihr selbst nützlich erscheint.

Darum geht es aber nicht. Festzuhalten bleibt, dass im Falle Sibyll Klotz deutlich wird wie selten, dass eine Politikerin ihren Job nicht mag. Sie wäre, wie eingangs erwähnt, gern Bürgermeisterin geworden. Als einziges Grünes Bezirksamtsmitglied musste sie dann, gegen ihren Willen, wie Insider berichten, die Stadtentwicklung mit hinzunehmen, weil das ja geradezu grüne Kernpolitik sei. Was für ein Quatsch. Ein Schauspieler, kein großer Unterschied zu Politikern, gibt eine Rolle, die ihm nicht liegt, wieder zurück. Das sollte Frau Dr. Klotz auch tun und sich um ihre Kernkompetenz Gesundheit und Soziales kümmern. Da fällt mir ein: wollte Sibyll Klotz nicht in den Senat, und war nicht Bürgermeisterin nur die zweite Option? Lassen wir das.

Wenn sie nun schon aus Parteiräson das Stadtentwicklungsressort übernehmen musste, hätte ihr grüner Instinkt sagen müssen, stelle Dich an die Spitze der Bewegung derer, die unsinnige Bauprojekte verhindern wollen. Gleich bei Amtsantritt hätte sie auf die Sântisstraße stoßen und die Potentiale für ihre Partei erkennen müssen. Logistikzentren gehören nicht in die Stadt, wir haben rund um Berlin genügend Platz. Auch wenn der Kampf der Kleingärtner und Anwohner letztlich erfolglos sein könnte, so hätte sie sich doch als Vorkämpferin an die Seite der Betroffe-

nen stellen können. Sie hätte Möglichkeiten ohne Ende gehabt, beispielsweise einen richtigen Antrag auf Änderung der Flächennutzungsplans zu stellen, anstatt nur unverbindliche Fragen zu versenden, „Im politischen Raum besteht der Wunsch“... und andere Banalitäten. Sie hätte auch beim Eisenbahnbundesamt ganz anders vorgehen können, und sich nicht mit Ausreden abspeisen lassen. Die Liste ist endlos, was sie hätte tun können, und dabei ist es völlig egal, ob irgendetwas zum Erfolg geführt hätte. Die Menschen hätten jedoch den Eindruck gehabt, hier kämpft jemand für uns, die ist auf unserer Seite. Ein lebensgroßes Standbild hätte man von ihr im Park aufgestellt und ihn gleich nach ihr benannt, zum Beispiel „Sibyll-Grün“.

Warum hat sie aber alles getan, um bei den Betroffenen den Eindruck zu hinterlassen, sie arbeite ständig gegen sie und versuche mit allen möglichen Tricks das Thema von Hals zu bekommen, zum Beispiel im November 2012 mit der legendären „Erledigt-Kennntnisnahme“? Es liegt ein Verdacht, warum sie sich so verhält, auf der Hand. Die Leute sind ihr egal, weil sie nicht zu ihrer Klientel gehören. Kleingärtner nicht und Hauseigentümer schon gar nicht. Das miese Wahlergebnis für die Grünen in der Gegend mag noch hinzukommen. Lediglich 156 Stimmen haben die Grünen im Stimmbezirk 703 rund um die Säntisstraße bekommen. (CDU 679, SPD 460). Dafür lohnt sich offenbar der Einsatz nicht. Sibyll Klotz hätte es allerdings in der Hand gehabt, dort zu punkten.

Und dann noch diese fürchterliche Warnung des Rechtsamtes vom 4. Dezember 2012: *„Das Bezirksamt muss hier schon aufpassen, dass es sich nicht nur für die Partikularinteressen eines betroffenen Kreises wider besseres Wissen instrumentalisieren lässt, sondern die gebotene behördliche Objektivität wahr!“*. Der Begriff „Partikularinteressen“ stammt zwar nicht von Sibyll Klotz, ich kann mich jedoch nicht daran erinnern, dass sie sich davon mit der gebotenen Schärfe distanziert hat. Das Rechtsamt hat nichts begriffen, kein Gespür im Umgang mit Bürgern. Das Vorhaben des Investors, ein Logistikzentrum bauen zu wollen, ist auch nicht mehr als ein Partikularinteresse, und dafür darf man sich auch nicht instrumentalisieren lassen. Hier geht es aber um 250 Parzellen, die für mehr ein 1.000 Menschen eine soziale und gesundheitsfördernde Rolle spielen, und um unzählige Anwohner, die ihre schon jetzt verstopften Straßen nicht noch mehr belastet sehen wollen.

Nein, Frau Dr. Klotz hat es versäumt, sich von Anfang an auf die richtige Seite zu schlagen, nämlich auf die der Bürgerinnen und Bürger ihres Bezirks. Der ganze Vorgang zeigt deutlich auf, dass die Grünen eine reine Klientelpartei sind. Das bedeutet, dass sie sich um ihre Klientel geradezu rührend kümmern, aber die vernachlässigen, die nicht dazu gehören. Das ist bei der SPD und der CDU anders und macht den Unterschied zwischen diesen Volksparteien und den Grünen aus.

Ed Koch